

Selbstständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann  
Johannes Rauch, Katharina Wiesflecker, Bernd Bösch und Vahide Aydın  
Beilage 42/2010

An das  
Präsidium des Vorarlberger Landtags  
Römerstr. 15  
6900 Bregenz

### **Budget sanieren, Lasten gerecht verteilen!**

Selbstständiger Antrag gem. §54 GO

Bregenz, 4. Mai 2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Mit großer Genugtuung haben wir vernommen, dass Herr Landeshauptmann Sausgruber seine Meinung in Sachen Vermögensbesteuerung geändert hat. Noch vor einem Jahr wurden wir Grüne im Rahmen einer von uns initiierten Aktuellen Stunde im Landtag von Dr. Sausgruber mit wortreicher Unterstützung der ÖVP-Landtagsfraktion dafür gegeißelt, dass wir eine gerechtere Besteuerung hoher Vermögen vorschlugen und uns unter anderem für die Reform der Stiftungs- und Gruppenbesteuerung stark machten.

Klar war damals und klar ist heute: Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise wird die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren enorm belasten. Milliarden schwere Rettungs- und Bankenpakete und Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur sowie die Kosten dramatisch gestiegener Arbeitslosigkeit müssen finanziert werden. Alles deutet darauf hin, dass sich an der ungerechten Verteilung der Lasten wenig ändern soll: Die Kosten für die „Aufräumarbeiten“ werden jenen aufgebürdet, die den Scherbenhaufen jedenfalls nicht angerichtet haben – den kleinen und mittleren Einkommen.

Der Anteil an Steuern und Abgaben auf Vermögen hat sich – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – zwischen den Jahren 1980 und 2005 halbiert (von 1,12 Prozent auf 0,55 Prozent). Demgegenüber ist der Anteil der erwerbsbezogenen Steuern im selben Zeitraum von 25,2 auf 29 Prozent angestiegen. Die rund 200 Milliarden aus Erwerbseinkommen bringen damit mehr als 90 Prozent aller Steuern in Österreich auf, die mehr als € 2.000 Milliarden Vermögen dagegen nur rund fünf Prozent. Auffallend ist auch das enorme Wachstum der Vermögen in Österreich: Von 1995 bis

2006 ist das Geldvermögen um € 1.055 Milliarden oder 234 Prozent auf € 1.840 Milliarden angewachsen.

In Österreich gibt es derzeit 3.300 Privatstiftungen. 60 bis 70 Mrd. Euro sind darin steuerschonend geparkt. Während die „normalen“ BürgerInnen für ihre im Vergleich kleineren Kapitalerträge 25% KESt bezahlen müssen, fällt für Stiftungserträge real nur ein Bruchteil an. Generell gilt für Stiftungen: je höher die Erträge, desto niedriger der Steuersatz. Der Wifo-Experte Stephan Schulmeister schätzt die Steuerleistung aller Stiftungen zwischen 1% und 2% ihrer Erträge. Privatstiftungen lassen die Reichen gezielt reicher werden. Die steuerlichen Privilegien für Stiftungen führen jährlich zu Steuerausfällen zwischen 750 Mio. und 1 Mrd. Euro.

Dass große Unternehmen Verluste, die sie im Ausland gemacht haben, in Österreich abschreiben können, ist im Lichte der jüngsten Ereignisse besonders absurd: Die Bank Austria etwa hat im Jahr 2009 einen Nettogewinn von 1,15 Mrd. Euro gemacht, aber keinen Cent Steuer gezahlt, weil sie ihre Verluste im Ausland gegengerechnet hat. Das ist mit Sicherheit nicht länger zu vertreten!

In Übereinstimmung mit der neuen Sichtweise des Herrn Landeshauptmannes stellen daher wir daher gemäß §54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

#### A n t r a g :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

**„Die Vorarlberger Landesregierung möge an die Bundesregierung mit der Aufforderung herantreten, im Zuge der Budgetsanierung dafür zu sorgen, dass die Belastungen gerecht verteilt werden. Insbesondere sollen Vermögende, Bezieher hoher Einkommen und Privatstiftungen verstärkt zu Beitragsleistungen herangezogen werden. Darüber hinaus soll die Gruppenbesteuerung grundlegend reformiert werden mit dem Ziel, die Einnahmehausfälle für den Staatshaushalt zu minimieren.“**

KO LAbg. Johannes Rauch  
LAbg. Katharina Wiesflecker  
LAbg. Bernd Bösch  
LAbg. Vahide Aydın